

**Rede  
von**

**Christoph Bratmann, MdL**

zu TOP Nr. 31

Erste Beratung

**Kein Kind zurücklassen! Ein Bildungsschutzschirm  
für Kinder und Jugendliche**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8498

während der Plenarsitzung vom 19.02.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das zweite Schulhalbjahr 2020/2021 hat begonnen, und wie von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon dargestellt wurde, ist es nach wie vor mit vielen Zumutungen für alle Beteiligten - für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrkräfte und natürlich auch für die Eltern - verbunden. Für diese Zumutungen in erster Linie verantwortlich ist, anders als der Kollege Rykena glaubt, nicht die Landesregierung, sondern ein globales Virus, das ursächlich ist für die Pandemie, in der wir uns gerade befinden.

Die Grünen beklagen in ihrem Antrag zu Recht, dass es immer noch einen Prozentsatz an Kindern gibt, die im Homeschooling nicht oder nur schwer erreichbar sind und verlorenzugehen drohen. Die Folgen sind Bildungsrückstände und vor allen Dingen auch pädagogische Defizite.

Daher war es richtig, dass wir das getan haben, was insbesondere die Grünen, aber auch die FDP im letzten Plenarabschnitt noch skandalisiert haben, nämlich den Präsenzunterricht an Grundschulen und in Abschlussklassen im Wechselmodell zu ermöglichen, bei Aussetzen der Präsenzpflcht. Ich glaube, das Risiko, welches wir eingegangen sind, welches der Kultusminister eingegangen ist, hat sich ausgezahlt. Der Kultusminister hat dafür viel Kritik einstecken müssen. Aber wir in Niedersachsen haben klare Prioritäten gesetzt, haben das Sicherheitsrisiko abgewogen. Das, was damals stark kritisiert wurde, wird heute bundesweit als beispielgebend gesehen: Klare Priorität für gute Bildung, wenn möglich in Präsenz.

Während sich, liebe Kollegin Hamburg, im grün regierten Baden-Württemberg Ministerpräsident und Kultusministerin immer noch darüber streiten, ob und in welcher Form man in den Präsenzunterricht zurückkehren kann, haben wir das in Niedersachsen einfach gemacht. Ich glaube, das war im Sinne der Eltern und der Schülerinnen und Schüler richtig. 87 Prozent der Eltern haben ihre Kinder in den Präsenzunterricht gegeben.

Auch das Argument, dass wir die Eltern mit der Verantwortung belasten, dass sie entscheiden müssen, ob sie ihre Kinder in die Schule schicken oder nicht, hat sich im Nachhinein als haltlos erwiesen. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verantwortung ist um so viel größer, wenn man Eltern dazu zwingt, Kinder nur im Distanzlernen und nur im Homeschooling zu haben. Das beschreiben Sie ja auch im Einleitungsteil Ihres Antrages.

Nun zu den Forderungen. Es geht in erster Linie um den Infektionsschutz. Darin sind wir uns alle einig: Schule muss größtmögliche Sicherheit bieten, gerade wenn es um den Infektionsschutz geht.

Dazu ist ein 20-Millionen-Euro-Programm aufgelegt worden. Die Mittel aus diesem 20-Millionen- Euro-Programm werden von den Kommunen ganz unterschiedlich abgerufen. Es gibt Kommunen, die Mittel abgerufen haben, und es gibt Kommunen, die dies noch nicht getan haben.

Wir erleben wieder einmal einen Streit zwischen der kommunalen Ebene und der Landesebene. Ich habe selber auch ein kommunales Mandat, bin Ratsherr in Braunschweig und Schulausschussvorsitzender und somit Teil der kommunalen Familie. Und wie das in Familien so ist: Da gibt es auch mal Streit.

Zur Wahrheit gehört auf der einen Seite, dass die Landespolitik immer gut beraten ist, auf die Kommunen zu hören, deren Sorgen und Nöte sehr ernst zu nehmen und in engem Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden zu stehen, was im Bildungsbereich auf jeden Fall so ist. Auf der anderen Seite muss man aber auch sagen, dass es hin und wieder Hauptverwaltungsbeamte gibt, die mit dem Finger auf die Landesebene zeigen, um von eigenen Versäumnissen abzulenken. Auch das gehört zur Wahrheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittel aus dem 20-Millionen-Euro-Programm für den Infektionsschutz, die für den Kauf von FFP2-Masken, für den Kauf von Desinfektionsmitteln und auch für den Kauf von Plexiglas-Wänden oder von Lüftungsgeräten eingesetzt werden können, wurden bisher ganz unterschiedlich abgerufen. Die Stadt Braunschweig hat - das wurde auf Nachfrage mitgeteilt – 622.000 Euro aus diesem Programm abgerufen. Das sind immerhin 9.000 Euro pro Schule. Damit kann man schon einiges anfangen. Die Stadt Hannover, deren Oberbürgermeister sich gerade hervorgetan und die Landesebene kritisiert hat, hat bisher noch gar nichts aus diesem Programm abgerufen, und das liegt weniger an dem Zuschnitt dieses Programms. Das muss man in diesem Fall auch einmal ganz klar dazusagen.

Es geht aber nicht nur um den Infektionsschutz, sondern es geht natürlich darüber hinaus auch um Beratung und Unterstützung. Es geht darum, versäumten Unterrichtsstoff aufzuarbeiten, und es geht natürlich um die pädagogische Unterstützung. Herr Kollege Försterling hat durchaus recht, wenn er sagt, wir können das nicht ohne die kommunale Jugendhilfe machen.

Das ist völlig klar. Es geht eben nicht nur um versäumten Unterrichtsstoff, sondern es geht auch um die pädagogischen Probleme insbesondere der Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten, derjenigen, die zu Hause eben nicht die entsprechenden Mittel haben, nicht die entsprechenden Möglichkeiten haben und die vor allen Dingen nicht die entsprechende Lernumgebung haben, um den Unterrichtsstoff bestmöglich aufzuarbeiten. Daher müssen wir alle Mittel und Wege nutzen. Dafür bietet der Antrag der Grünen durchaus einige

Anregungen. Aber vieles ist auch schon im 10- Punkte-Programm des Kultusministers enthalten.

Ich will an dieser Stelle sagen: Wenn die Opposition sagt - das ist in den Reden der Kollegin Hamburg und des Kollegen Försterling deutlich geworden -, was die Regierung macht, ist in Ordnung, es müsste nur ein bisschen mehr und ein bisschen schneller sein, dann sind wir schon gemeinsam auf dem richtigen Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, klar ist, dass bisher kein Bundesland den Königsweg gefunden hat, sowohl im Gesamtumgang mit der Pandemie als vor allen Dingen im Bildungsbereich. Wir sind aber in Niedersachsen gut unterwegs. Wir haben bisher immer einen klaren Plan gehabt, wir haben die Priorität immer klar auf die Bildung gesetzt, und wir sind bei allen unterschiedlichen Interessenlagen gewillt, diese Pandemie gemeinsam mit den Kommunen im Bildungsbereich erfolgreich zu überwinden. Ich glaube, es ist klar: Das geht nicht im Streit mit den Kommunen, sondern nur gemeinsam mit den Kommunen. Dieser Kultusminister ist dazu bereit und die regierungstragenden Fraktionen auch.

Klar ist - darüber sind wir uns völlig einig, und insoweit will ich den Titel des Antrags durchaus unterstützen -: Kein Kind darf verloren gehen. Daran werden wir alle hart arbeiten.

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.